

# Weniger Unruhe und mehr Objektivität

Klaus von Dohnanyi und Paul Mikat über die Aufgaben der Universität

Interview mit Dr. Klaus von Dohnanyi (SPD),  
Bundeswissenschaftsminister im Kabinett Brandt\*

REDAKTION: Welche Aufgaben sollen nach Ihrer Auffassung Universitäten heute eigentlich erfüllen?

DOHNANYI: Hochschulen haben nach meiner Auffassung drei zentrale Aufgaben. Einmal die Lehre: Sie gewinnt zweifellos angesichts des immer größeren Anteils der jungen Menschen, die an den Hochschulen ausgebildet werden, an Bedeutung und Gewicht.

*Drei zentrale Aufgaben*

Dann die Forschung: Ohne Frage besteht die Möglichkeit, daß durch die wachsende Bedeutung der Lehre die Forschung an den Hochschulen gefährdet werden kann. Eine der wichtigsten hochschulpolitischen Aufgaben ist es deshalb, ein Gleichgewicht für die Forschung zu sichern. Dazu gehören auch neue Formen der Schwerpunktbildung zwischen den Hochschulen.

Und drittens: Die Hochschulen haben in Forschung und Lehre die wichtige Rolle der wissenschaftlichen Reflektion in der Gesellschaft, also ihrer Fortentwicklung durch Wissenschaft.

REDAKTION: Wieso meinen Sie, daß Hochschulen diese wissenschaftliche Funktion hätten?

DOHNANYI: Wissenschaft ist Motor der Fortentwicklung der Gesellschaft. Durch neue Erkenntnisse wird die Gesellschaft verändert. Und dessen muß man sich dort, wo Wissenschaft stattfindet, natürlich bewußt sein.

REDAKTION: Wo wird die Universität diesen Aufgaben nach Ihrer Auffassung heute nicht gerecht?

DOHNANYI: Wirklich gerecht wird sie den Aufgaben wohl in keinem der drei Bereiche. Was die Lehre angeht, so ist der größte Mangel die unzureichende Berufsbezogenheit in vielen Fächern; eine gewisse Verachtung, die die Hochschulen in der Vergangenheit für die Praxis hatten und eine Tradition der Lehre, der es im wesentlichen darum ging, *wissenschaftlichen* Nachwuchs auszubilden. Heute geht es aber nicht mehr in erster Linie darum, wenige für den wissenschaftlichen Nachwuchs auszubilden, sondern viele auf die Berufspraxis vorzubereiten.

*Mängel in der Aufgabenerfüllung*

\* Das Interview wurde im April 1974 aufgenommen.

Was die Forschung angeht, so fehlt es nach meiner Auffassung — das muß man allerdings sehr differenzieren — oft an einer wirkungsvollen Abstimmung: Dadurch werden die Mittel für die Forschung an den Hochschulen nicht immer sinnvoll eingesetzt. Darüber hinaus fehlt es aber auch in einigen Bereichen, z. B. der Sozialforschung, oft an einer ausreichend praxisbezogenen Fragestellung.

Auch die Rolle gesellschaftlicher Reflektion, die die Hochschule in der Bündelung gesellschaftlicher Probleme wie ein Brennglas wahrnehmen könnte, wird nach meiner Meinung nicht erfüllt. Sicherlich ist dies wohl auch Folge der starken quantitativen Überlastung der Hochschulen.

REDAKTION: Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Zukunft, daß die Universität ein solches Brennglas werden könnte, daß sie stärker als bisher die gesellschaftlichen Probleme bearbeitet und beantwortet?

DOHNANYI: Dazu braucht die Hochschule, so merkwürdig es klingen mag, mehr Ruhe — jedenfalls nicht mehr soviel Unruhe wie bisher. Um zur Ruhe zu kommen, bedarf die Hochschule vor allem einer klaren Lösung ihrer quantitativen und strukturellen Probleme.

#### *Quantitative Probleme*

Das quantitative Problem läßt sich aber nur durch eine gleichzeitige grundlegende Neuordnung des Schulwesens lösen. Solange wir die Eltern zwingen, ihre 10jährigen Kinder ins Gymnasium zu schicken, damit sie evtl. später studieren können, werden wir weiter mit der Überlastung der Hochschulen leben müssen. So paradox dies klingt: Nur wenn der Zugang zur Hochschule nicht mit 10 oder 12 sondern weitgehend erst mit 15 oder 16 Jahren entschieden wird, und auch dann noch über die Berufsbildung möglich bleibt, werden wir die quantitative Seite des Hochschulproblems politisch erfolgreich steuern können.

REDAKTION: Es wird heute viel von den Rechten der Studenten gesprochen. Ich bin konservativ genug, auch die andere Frage zu stellen: Worin sehen Sie Pflichten der Studenten?

#### *Studium ist Chance und gesellschaftliche Aufgabe*

DOHNANYI: Zunächst einmal würde ich sagen, es ist progressiv, auch die Pflichten zu sehen. Ich betrachte es nämlich in keiner Weise als konservativ, wenn man das Studium als eine gesellschaftliche Aufgabe ansieht. Man muß erkennen, daß es gesellschaftliche Aufgaben nicht geben kann ohne Pflichten: Die Studenten haben also selbstverständlich Pflichten, z. B. dieses »Angebot« Studium mit all seinen Möglichkeiten auch zu nutzen.

Die Studenten bekommen diese außergewöhnliche Chance des Studiums — die Möglichkeit sich selber weiter zu entwickeln, mehr zu lernen, die Umwelt und sich selbst besser zu verstehen und schließlich auch damit in der Regel später mehr Geld zu verdienen — von der Gesellschaft. Dafür stellt der Steuerzahler

sehr viel Geld zur Verfügung. Beide Chancen, die Chance der Emanzipation und die Chance, später eine erfüllendere Arbeit haben zu können, müssen von den Studenten durch entsprechende Arbeitsleistung honoriert werden. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß Studenten, wie andere junge Menschen ihres Alters auch, 11 Monate im Jahr mit einer 40-Stunden-Woche rechnen müssen. Daß hiermit nicht die Zahl der Vorlesungsstunden gemeint sein kann, ist klar: gemeint ist der Arbeitsaufwand für das Studium. Dies ist meine Auffassung gewesen — nicht sehr populär bei den Studenten — aber ich glaube, das ist notwendig.

REDAKTION: Worin sehen Sie nun die Hauptpflichten für Professoren?

DOHNANYI: Die Hauptpflicht der Professoren ist es, die Aufgaben in Lehre und Forschung zu bewältigen — aber das ist zunächst wohl nicht mehr als eine Leerformel.

Ich will auf die Lehre näher eingehen: Sie muß stärker berufsbezogen — in einigen Fächern sogar sehr viel stärker berufsbezogen sein. Ich denke z. B. an die Ausbildung der jungen Juristen, aber auch an die Volks- und Betriebswirte. In diesen Fächern werden die praktischen Kenntnisse oft nicht so vermittelt, wie es für die spätere Berufsarbeit erforderlich wäre. Deshalb beherrschen bei den Juristen immer noch die Repetitoren das Feld.

*Berufsbezogene Lehre*

Professoren müssen deswegen einsehen, daß sie eine Aufgabe des Unterrichtens haben, der Ausbildung, der Berufsbildung, wie wir im Hochschulrahmengesetz gesagt haben. Und das fällt sicherlich zahlreichen Hochschullehrern schwer, die mit der Prämisse an ihre Arbeit gegangen sind, eigentlich seien sie zum Forschen da und als Nebenprodukt könnte auch noch unterrichtet werden. Das ist etwas überspitzt formuliert, aber es entsprach sicherlich dem Selbstverständnis zahlreicher Hochschullehrer. Die Forschung fällt in besonderer Weise in die unteilbare Selbstverantwortung der Professoren. Forschung ist, wenn sie wirklich neue wissenschaftliche Kenntnisse produzieren soll, eine nicht zu reglementierende weil kreative Tätigkeit. Aber hier sollte von zahlreichen Professoren stärker erkannt werden, wie beachtlich die Mittel sind, die bereitgestellt werden, und wie groß daher die Verantwortung des einzelnen zur sinnvollen Nutzung der Mittel ist.

*Forschungsmittel  
sinnvoll nutzen*

REDAKTION: Eine Frage zur Berufsbezogenheit der Lehre. Es handelt sich hier ja um ein doppeltes Problem. Einmal gibt es eine ganze Reihe von Fächern, die nicht für einen Beruf vorbereiten, für die es keine parallelen Berufe gibt. Nehmen wir das Studium der Politikwissenschaft. Sie bildet nicht primär künftige Politiker aus.

DOHNANYI: Von diesen Fächern gibt es nur sehr wenige, Sie haben eines genannt und es fallen Ihnen sicher nicht sehr viele zusätzliche ein. Über 50% der

*Studiengänge  
Berufsfeldern  
zuordnen*

Absolventen der Hochschule sind z. B. Lehramtsabsolventen. Wenn man die so ausbilden würde, daß sie wirklich gute Lehrer sein können, hätten wir schon 'mal bei 50% dies Problem geklärt. Dann kommen 13% Studierende der Medizin, die werden in der Regel berufsorientiert ausgebildet, und dann noch einmal 6% Juristen, bei denen die Zuordnung zu einem Berufsfeld auch relativ klar ist. Wir kommen also sehr schnell zu berufsfeldbezogenen Ausbildungsgängen bei über 70% der Studenten. Nur um die sollte es uns zunächst einmal gehen.

REDAKTION: Gut, aber die Frage der Berufsbezogenheit der Lehre hat auch noch eine andere Seite. Sie nannten jetzt die verschiedenen Lehrer-Studiengänge; nun ist es aber so, daß mindestens im Bereich der bisherigen Philosophischen Fakultäten die Hochschullehrer ihrerseits keineswegs immer etwas vom Beruf des Lehrers wissen. Sie haben keine Erfahrung damit. Wie kann man dieses Problem lösen?

DOHNANYI: Z. B. durch didaktische Zentren etc. Ähnliche Vorschläge sind schon lange gemacht worden. Ich glaube, es kommt darauf an, zunächst einmal die Lehramtsstudiengänge entsprechend klar zu ordnen und dann dafür Sorge zu tragen, daß das Lehrangebot der Hochschule dementsprechend gesichert wird.

*Praktische Fähigkeiten  
vermitteln*

Dann ist es nicht mehr so sehr entscheidend, ob ein Professor selber Erfahrungen als Lehrer hat. Er muß vielmehr wissen, daß jemand, der z. B. Englisch in der Mittelstufe zu unterrichten hat, am Ende des Studiums zwei Fähigkeiten haben muß: Erstens muß er Englisch gut können und zweitens muß er didaktisch in der Lage sein, dieses Englisch Jugendlichen zwischen 10 und 16 Jahren zu vermitteln. Ob er aber nun alle Wortursprünge des englischen Vokabulars etymologisch verfolgen kann, das halte ich nicht für so wahnsinnig wichtig. Das Übergewicht, das heute häufig entsteht, weil man wissenschaftliche Kenntnisse bei Menschen fordert, die diese Kenntnisse hinterher gar nicht brauchen können, dafür aber praktische Fähigkeiten nicht vermittelt, die sie für den Beruf dringend benötigen würden, das halte ich für die große Sünde: dicke Brocken des Römischen Rechts und große Flächen von Beowulf, statt fehlerfrei Englisch sprechen und didaktische Kenntnisse und Erfahrungen.

Die werden von manchen Hochschullehrern als zu »handwerklich« verachtet. Aber so sehr ich gegenwärtig im Ruf stehen mag, daß ich kein Freund des Handwerks sei, ist dies doch sicher eine falsche Beurteilung.

REDAKTION: Es ist aber zum Teil ein Problem der Entrümpelung der Studienpläne. Meinen Sie, daß das den einzelnen Fachvertretern oder den einzelnen Hochschulen allein überlassen bleiben soll?

*Modellstudiengänge*

DOHNANYI: Nein, ich bin der Auffassung, daß man hier sehr stark zusammenarbeiten muß und daß man durch Modellstudiengänge am schnellsten helfen kann. Unser Konzept des Hochschulrahmengesetzes geht ja auch dahin,

daß alle Ergebnisse der Studienreform veröffentlicht werden sollen. Wir werden den Versuch machen, auch durch den Vergleich eine Art Rückkopplung herzustellen, um in den Hochschulen Aktivitäten zur Verbesserung oder zur Entrümpelung in Gang zu bringen oder in Gang zu halten. Es gibt Fälle, in denen vergleichbare Studiengänge mit gleichem Ergebnis an einer Universität in acht und an einer anderen Universität in 12 Semestern bewältigt werden. Da muß man einmal hineinleuchten und vergleichen.

REDAKTION: Sind Sie optimistisch oder eher pessimistisch im Hinblick auf die Realisierbarkeit?

DOHNANYI: Ich bin ganz sicher, daß dies kommt: Der Druck des Finanzbedarfs und der Druck auf die Studienplätze wird es nicht dulden, daß Leute, die an sich in 8 Semestern ausgebildet werden könnten, dort 12 Semester herumsitzen müssen.

REDAKTION: Eine andere Frage. Gibt es Hochschulsysteme oder Lösungen für Hochschulprobleme in anderen Ländern, die uns als Vorbild dienen könnten?

DOHNANYI: Ich würde das nicht so pauschal sagen. Ich halte aber den internationalen Vergleich für ein ganz entscheidendes Element. Man kann nicht Hochschulsysteme umbauen und dann sagen: warten wir 'mal 20 Jahre und wenn wir dann einen Fehler gemacht haben, machen wir es wieder neu. Nein, Erfahrungen müssen umgesetzt werden.

*Internationale  
Erfahrungen umsetzen*

REDAKTION: Haben Sie die Erfahrungen, die mit Reformen von Hochschulen in der Bundesrepublik schon gemacht worden sind, studiert?

DOHNANYI: Aber natürlich! Mit sehr viel Sorgfalt studieren wir alle Berichte.

Auch in einzelnen Gesprächen mit den Mitgliedern der Hochschulen, den Hochschullehrern, den Studenten, den Präsidenten usw. versuchen wir uns zu informieren. Nur ist das Feld natürlich so breit, daß jede Gruppe das Gefühl hat, sie wird von uns zu wenig beachtet und zu wenig gehört.

REDAKTION: Aber Sie haben nicht versucht, — nicht Sie, sondern das Ministerium im ganzen — durch wissenschaftliche Untersuchungen Erfahrungsauswertungen zu sammeln?

DOHNANYI: Doch, wir haben ja auch die Modellversuche im Hochschulbereich. Aber ich sagte schon, diese Versuche dauern natürlich eine gewisse Zeit.

REDAKTION: Welche politischen Einflüsse auf die Universität bewerten Sie gegenwärtig positiv und welche eher negativ?

DOHNANYI: Ich glaube, daß die Auseinandersetzungen über politische Fragen an den Hochschulen insgesamt positiv zu bewerten sind. Ich bin allerdings der Meinung, daß ein Versuch, die Hochschule in erster Linie als ein politi-

*Politische Diskussion  
an den Hochschulen*

ches, im vordergründigen Sinne politisches Instrument zu sehen, auch Gefahren bringt. Man darf z. B. nicht glauben, wie man dies manchmal bei einigen Gruppen an den Hochschulen antrifft, daß nur das, was heute unmittelbar anwendbar scheint, der Aufgabe der Universität entspräche. Das Sich-Zurückziehen auf Grundsatzfragen, das Nachdenken mit scheinbar sehr großer Distanz auch zu den aktuellen Problemen der Politik, muß in keiner Weise wirklichkeitsfremd oder hochschulfremd sein: große Dinge kommen auf Taubenfüßen.

*Prioritäten der  
Forschungsförderung*

REDAKTION: Welches sind Ihre Kriterien für die Festsetzung von Prioritäten in der Forschungsförderung bzw. welche Kriterien für die Ermittlung von Prioritäten halten Sie für die richtigen?

DOHNANYI: Forschungsfragen sind so differenziert, daß man keine schematische Antwort zur sogenannten gesellschaftlichen Relevanz geben kann. Es ist z. B. völlig ausgeschlossen, zu sagen, ob bestimmte Erkenntnisse über das Leben von Insekten »gesellschaftlich relevant« sind oder nicht. Es ist ebenso hoffnungslos, eine entsprechende Frage im Bereich der Sprachwissenschaft oder der Sozialwissenschaft verbindlich zu beantworten.

Es gibt die Aufgabenbereiche in der Forschung, die offenkundig noch mehr Unterstützung brauchen, etwa die Krebsforschung. Da ergibt sich dann ein natürlicher Schwerpunkt. Wenn es an der Didaktik in der Lehrerbildung fehlt, so ist das heute sicherlich eine brüchige Stelle in der Hochschulbildung; dort muß dann auch etwas in der Forschung geschehen.

Anders ausgedrückt: Prioritäten kann man nur bilden, indem man einmal feststellt, wo eindeutige Lücken sind. Die muß man zu schließen versuchen. Dann muß man versuchen, festzustellen, wo in unserem Land, wo an einer Hochschule die Entwicklung eines Forschungsgebietes besonders weit vorangeschritten ist, wo man, im internationalen Maßstab oder auch nationalen Maßstab gemessen, weit vorne liegt. Auch dort sollte man die Chancen fördern. Wo man schwach ist, sollte man also nachhelfen und da, wo man offenkundig besonders gut ist, Vorsprünge erhalten und nutzen. Wenn man diesen beiden Grundsätzen folgen will, bedarf es nach meiner Meinung einer vielfältigen Organisation der Forschungsförderung. Ich bin deswegen immer ein Anhänger von zahlreichen Förderungsinstitutionen gewesen, ich bin gegen eine Verschmelzung zu einer Mammut-Förderorganisation. Denn nur die Vielfalt der Institutionen sichert — wie ich das einmal gesagt habe — die 4. und die 5. Chance auch des kreativen Außenseiters.

REDAKTION: Wo gibt es heute bei uns nach Ihrer Auffassung solche Vorsprungsgebiete der Forschung? Wo haben wir einen Vorsprung und wo sind wir Nachzügler?

DOHNANYI: Ich glaube, daß wir, an dem internationalen Maßstab gemessen, in wenigen Bereichen der Medizin und auch in der Biochemie z. B. heute wieder wirklich vorzüglich sind. Das gilt auch für einige Bereiche der Nuklearphysik, um einen anderen naturwissenschaftlichen Bereich — nur als Beispiel und nicht um andere Bereiche auszuschließen — zu nennen.

*Führende und  
zurückgebliebene  
Forschungsgebiete*

Ich würde sagen: ausgesprochene Schwächen liegen bei uns im ganzen sozialwissenschaftlichen Bereich, z. B. in der experimentellen Psychologie, wo wir im Vergleich zu den angelsächsischen Ländern ganz schwach sind. Hier müßte sicherlich sehr viel mehr geschehen.

REDAKTION: Welche Möglichkeiten gibt es, solche Gebiete, die zurückgeblieben sind, durch Forschungsplanung auf ein höheres Niveau zu bringen? Inwieweit ist es überhaupt möglich, die Forschung zu planen? Sie sprachen vorhin von kreativen Außenseitern!

DOHNANYI: Die Forschungsplanung besteht in der Regel nicht darin, daß sich jemand in einem Ministerium ausdenkt, was für ein Forschungsprojekt nun gemacht werden sollte. Aber auch das kann der Fall sein: Wenn wir z. B. sagen, wir möchten gern einen Sonderforschungsbereich für ein Feld entwickeln, was ich »Umweltrecht« nenne. Man kann auch von staatlicher Seite bestimmte Projekte aufgreifen, wie den Hochtemperaturreaktor.

*Forschungsplanung*

Aber in der Regel geht es darum, Forschungsplanung dadurch zu machen, daß Öffentlichkeit und Kommunikation bei den Förderentscheidungen hergestellt werden. Im öffentlichen Meinungsstreit der Wissenschaftler sehe ich die größte Chance einer vernünftigen Forschungspolitik.

*Öffentlicher  
Meinungsstreit  
der Wissenschaftler*

Dies mag Planungsfetischisten wenig befriedigen. Aber ich sehe bisher nirgends in der Welt ein Kriterien- und Entscheidungssystem, das sachgerechte Planung besser sichert als der demokratische Prozeß der Meinungsbildung in der Öffentlichkeit. Forschungsplanung heißt also, diesen Prozeß zu organisieren, Informationen bereitzustellen, auch Interessen offenzulegen, Projektstrukturen zu schaffen, die immer wieder eine Überprüfung früherer Entscheidungen möglich machen, also Verkrustungen vermeiden.

REDAKTION: Vielen Dank, Herr Minister, daß Sie uns Ihre Zeit zur Verfügung gestellt haben.

## Interview mit dem Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Paul Mikat (CDU)\*

REDAKTION: Welche Aufgaben sollte die Universität heute im einzelnen erfüllen?

*Grundfunktionen*

MIKAT: Sicherlich wird man unbeschadet aller Veränderungen, die sich in Staat und Gesellschaft vollziehen, an der Grundfunktion der Universität festhalten müssen, die in der Ausbildung des Nachwuchses für die gesamte Gesellschaft besteht für das, was man früher einmal die »gelehrten Volksberufe« nannte; gleichzeitig aber auch darin, daß sie diese Ausbildung in bewußtem Zusammenhang mit der Forschung treibt: die Höhe ihres Forschungsstandes ist konstitutiv für die Höhe des Ausbildungsstandes. Es gibt also einen Zusammenhang zwischen dem Ausbildungsauftrag der Universität und ihrem Forschungsauftrag. Eine Universität, die diesen Zusammenhang aufgibt, verfehlt ihre Funktion. Gegenüber spezielleren Ausbildungsstätten, etwa früheren Fachhochschulen, oder innerhalb einer Gesamthochschule, von Fachhochschulgängen, zeichnen sich universitäre Ausbildungsgänge durch ein Mehr an Theorie aus. Das schließt die Reflexion der einzelnen Disziplinen über sich selbst ein, d. h. die Bestimmung ihres wissenschaftstheoretischen Standortes. Erst von daher ist dann die gesamtgesellschaftliche Aufgabe des einzelnen Faches in Angriff zu nehmen, nämlich inwieweit es eine kritische Funktion in der Gesamtgesellschaft erfüllen kann.

REDAKTION: Was verstehen Sie unter »kritischer Funktion« der Fächer und damit der Universität?

*Status der  
Objektivität*

MIKAT: Ich möchte eine Vorfrage stellen: Was heißt »gesellschaftsbezogene Funktion« der Universität? Die Universität leistet, neben der Ausbildung der Studenten, einen Beitrag für die materielle und geistige Existenz der Gesellschaft, den sie durch Forschung und Lehre erbringt und den ihr eine andere Institution wohl auch nicht abnehmen kann. Zweitens wird die Universität als organisatorische Zusammenfassung von verschiedenen Disziplinen aus dem Blickwinkel der einzelnen Fächer fragen müssen, inwieweit die gesellschaftliche und die staatliche Ordnung ihr bestimmte Aufgaben stellen. Die Universität existiert ja nicht isoliert in dieser Gesellschaft. Sie müßte eigentlich so etwas gewinnen wie einen Status der Objektivität. Das bedeutet, daß sie prinzipiell ein ideologiefreier Raum sein muß — nicht in dem Sinne, als ob hier Ideologie nicht lehrbar sein dürfte, sondern daß sie als Ganzes unter das



Gesetz der Wahrheit gestellt ist. Die Universität kann freilich nicht »die« Wahrheit vermitteln, aber sie hat in jedem einzelnen Fach eine Tendenz hin auf Wahrheit und Richtigkeit. Das setzt Ideologiefreiheit voraus. Die Universität ist, wie Wissenschaft, ihrem Wesen nach antidogmatisch.

REDAKTION: Welche der Aufgaben, die Sie jetzt umrissen haben, erfüllt die Universität heute nicht in dem Maße, wie das notwendig wäre?

MIKAT: Diese Frage kann nur nach einer sorgfältigen Prüfung der Situation in den einzelnen Disziplinen beantwortet werden. Alle Urteile über die Universität leiden ja darunter, daß sie Pauschalurteile sind. Die Tagesnöte — Numerus clausus, Überfüllung der Hörsäle und Laboratorien — verstellen uns häufig den Blick für das hohe Maß an gutem Willen, das bei den verschiedensten Gruppen in der Universität vorhanden ist. Wenn es nicht realisierbar ist, dann nur infolge der äußeren Bedingungen, unter denen sich universitäres Arbeiten heute vollzieht. Insofern ist es schwierig zu sagen, auf welchen Gebieten die Universität den gesellschaftlichen Anforderungen nicht genügt. Zunächst müßte gefragt werden: Was sind gesellschaftliche Anforderungen, wer bestimmt sie nach welchen Kriterien, und wer artikuliert sie? »Die Gesellschaft« ist ja ein außerordentlich offener Begriff. Hinzu kommt, daß auch auf Seiten der Universität — etwa aus dem Blickpunkt der Rechtswissenschaft oder der Medizin — Fragestellung und Antwort sehr verschieden sein werden, solange die Universität von einer ideologischen Festlegung frei bleibt. Man müßte also bei jeder Disziplin untersuchen, welchen Erwartungshorizont sie von sich selbst aufbaut und welche Erwartungen die Gesellschaft, artikuliert etwa durch ein Parlament oder durch gesellschaftliche Gruppen wie Gewerkschaften oder Kirchen, an die Universität, d. h. an jedes einzelne Fachgebiet heranträgt. Wenn wir beispielsweise feststellen, daß im Bereich der Gynäkologie Deutschland eine höhere Sterbequote haben sollte als andere vergleichbare Länder, so wird man fragen müssen, was in Zusammenarbeit zwischen medizinischen Fächern und staatlicher Gesundheitsverwaltung getan werden kann, um die Sterbequote herabzusetzen. Oder wenn wir feststellen, daß unser Strafvollzug nicht gut arbeitet, daß die Rückfalldelikte unverhältnismäßig hoch sind und nach wie vor ansteigen, dann wird man fragen müssen, welchen Beitrag die Wissenschaft zu leisten hat, damit es nicht nur zu einem humaneren, sondern auch zu einem für die Gesamtgesellschaft effektiveren Strafvollzug kommt. Der Bezug zu Lebensvorgängen der Bürger ist freilich nicht bei allen Fächern im gleichen Maße gegeben wie etwa bei medizinischen, psychologischen oder auch rechtswissenschaftlichen Disziplinen.

Indem die Universität ihre Aufgaben im Sachfeld wahrnimmt, ist sie bereits am Prozeß der kritischen Funktion beteiligt. Denn kritische Funktion kann ja nicht bedeuten, daß alle Wissenschaftler in einen Dauerreflexionsprozeß über die allgemeine Befindlichkeit der Gesellschaft eintreten. Das würde das Ende

*Vielfältige  
gesellschaftliche  
Erwartungen  
an die  
Einzelwissenschaften*

*Kritische Funktion*

der jeweiligen Disziplin sein. So käme ein Mikrobiologe, der nur noch über den Zustand der Gesellschaft an sich reflektieren würde, kaum noch zur Mikrobiologie, sondern müßte das Fach wechseln oder einen Kuraufenthalt antreten. Natürlich sollte er seine Ergebnisse in eine Relation setzen zum gesamtgesellschaftlichen Geschehen. Das sind kleine Bausteine zu einem sinnvollen Ganzen. Sicher müssen einige Disziplinen, weil sie von der Fragestellung allgemeiner angelegt sind und daher auch einen höheren Theorieanteil haben, diesen Reflexionsprozeß stärker betreiben. Beispiele dafür sind Philosophie und Soziologie. Das darf uns aber nicht den Blick dafür verstellen, daß andere Disziplinen unter anderen Gesetzmäßigkeiten angetreten sind und daß gerade die Unverwechselbarkeit der Fächer die insgesamt kritische Funktion der Universität garantiert.

REDAKTION: Sind die gesellschaftlichen Erwartungen an die Universität nicht auch aus den Anforderungen ablesbar, die im Berufsleben an die Absolventen gestellt werden? Neben fachspezifischen Anforderungen gibt es sicher auch solche von allgemeiner Natur.

*Berufsfähige  
Absolventen*

MIKAT: Es gibt einen ganz wichtigen Grundsatz für unsere Bildungsinstitutionen, den wir in der Reformdiskussion häufig übersehen. Sie haben nicht die Aufgabe, den Berufsfertigen, sondern den Berufsfähigen zu entlassen. Das heißt, einen Absolventen, der in der Lage ist, mit einem wissenschaftlichen Instrumentarium, aber auch mit der theoretischen Vertrautheit im Beruf bestimmte Aufgaben zu erfüllen, die er nicht von Anfang an perfekt gelernt hat. Erst im Einüben gewinnt er dann zusätzlich auch noch das notwendige Maß an praktischer Erfahrung. Kurz: derjenige, den die Universität entläßt, soll fähig sein, ist aber nicht fertig.

REDAKTION: Sie meinen also Berufsvorbereitung und nicht nur nutzenbezogene Berufsausbildung?

MIKAT: Das eine schließt das andere nicht aus. Ich wünsche mir keineswegs den theoretisierenden Mediziner, er soll ja schon verantwortlich auf seine spätere Tätigkeit hin ausgebildet werden. Das gleiche gilt für den Lehrer. Die Universität soll ihn jedoch nicht als den völlig Fertigen entlassen, sondern als einen, der die Fähigkeit hat, sich die Fertigkeiten anzueignen.

REDAKTION: An der Universität ist heute viel von zu gewinnenden oder zu erkämpfenden Rechten der Studenten die Rede; der altmodische Begriff der Pflicht fällt dabei meist unter den Tisch. Worin sehen Sie die Pflichten des Studenten?

MIKAT: Die Stellung von Professoren, Assistenten und Studenten wird bestimmt durch die Aufgaben der Universität. Ich gehe davon aus, daß es zwischen Professoren auf der einen Seite und Studenten auf der anderen keinen

Zielkonflikt gibt. Insofern ist ein völlig anderer Tatbestand gegeben als etwa in einem Betrieb. Während sich dort Arbeitnehmer und Arbeitgeber gegenüberstehen, sind an der Universität alle, die an diesem Prozeß von Ausbildung, Lehre und Forschung beteiligt sind, unter das Gesamtziel ihres Faches gestellt und haben hier unaustauschbare Funktionen. Die Funktion des Studenten ist nicht austauschbar mit der des Professors und die des Professors nicht austauschbar mit der des Studenten. Das gleiche gilt für die Schule. Damit ist nichts gegen Mitwirkungs- und Mitsprachemöglichkeiten in Bereichen gesagt, in denen die Primärfunktionen nicht zur Diskussion stehen, etwa in der akademischen Verwaltung. Akademische und nicht-akademische Verwaltung ist aber nur sinnvoll, wenn sie den Primärzielen der Universität dient. Denn eine Universität wird ja nicht verwaltet, um zu verwalten, sondern damit besser geforscht, besser gelehrt und besser ausgebildet werden kann. Nur dann kann sie auch ihre kritische Funktion wahrnehmen. Aus diesen Tatsachen ergibt sich für jeden Studenten die Notwendigkeit, das Primärziel der Universität während seiner Studienzeit zu seinem eigenen zu machen. Das heißt, er muß daran interessiert sein, eine gute Ausbildung zu bekommen, und er sollte am theoretischen Reflexionsprozeß seines Faches in Seminaren und Diskussionen teilnehmen. Das verwehrt ihm nicht Mitwirkungs- und Mitsprachemöglichkeiten in ganz bestimmten Gremien. Nur sollten die Studierenden wieder mehr Sinn für Prioritäten bekommen.

*Kein Zielkonflikt  
zwischen  
Professoren und  
Studenten*

REDAKTION: In vielen Fällen ist es heute doch so, daß nicht mehr das Primärziel der Universität an erster Stelle steht, sondern die Frage, welche Art von Wissenschaft gelehrt werden soll. Aus diesem Grunde entstehen dann Konflikte zwischen Professoren und solchen Studentengruppen, die die Wissenschaft in einer bestimmten Richtung festlegen wollen.

MIKAT: Wenn jemand sagt, welche Wissenschaft gelehrt werden soll, dann kann diese Forderung durchaus berechtigt sein im Sinne der Öffnung der Universität für verschiedene Sichten. Sollte es allerdings so sein, daß darunter die Etablierung einer Ideologie verstanden wird, dann verstößt das gegen das Wesen der Universität.

REDAKTION: Soll die Offenheit der Universität soweit gehen, daß sie auch Denkrichtungen in sich hereinnimmt, die ihrerseits alle Offenheit negieren und deren Vertreter meinen, a priori im Besitze der Wahrheit zu sein?

MIKAT: Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß jemand auch diese Standpunkte darlegt. Wer sie allerdings mit der Zielsetzung vertritt, genau die Freiheit, die ihm selber gewährt wird, letzten Endes aufzuheben, gefährdet die Freiheit der Wissenschaft an ihrer Wurzel. Die Universität steht nicht im freien Raum, sondern sie übt ihre Funktionen innerhalb des gesamten Verfassungsgefüges aus. Darin hat sie eine weitgehend privilegierte Stellung zuge-

*Freiheit der  
Wissenschaft nicht  
mißbrauchen*

wiesen bekommen. Wenn nun das Bonner Grundgesetz der Universität, der wissenschaftlichen Lehre und der Forschung ein so hohes Maß an Freiheit zubilligt, dann nur unter der Voraussetzung, daß diese Freiheit nicht dazu gebraucht wird, die Gesamtfreiheit aufzuheben.

REDAKTION: Aus dem Gesagten geht schon Vieles über die Pflichten der Professoren hervor. Dürfen wir daher gleich die Frage anschließen, wie Sie die Rolle des Assistenten sehen? Meinen Sie, daß der Assistent abschaffungsbedürftig war oder hatte diese Rolle für beide Seiten eine sinnvolle Funktion?

*Rolle des Assistenten* MIKAT: Man kann den Assistenten natürlich dem Begriff nach abschaffen. Die Frage ist, schaffen wir ihn damit auch der Sache nach ab oder sollte man ihn der Sache nach abschaffen. Es gibt sicherlich bei demjenigen, der ein Universitätsstudium abgeschlossen hat, vor der Phase, in der das volle Hochschul-lehrerdasein beginnt, notwendige Übergangszeiten, in denen er sich spezialisierter und vertiefter mit bestimmten wissenschaftlichen Problemstellungen und Forschungsaufgaben beschäftigt. Der Zusammenhang von Lehre und Forschung an der Universität wird ja dann geradezu wieder aufgehoben, wenn man ihn als Beteiligung an der Forschung von der ersten Stunde an versteht, vom ersten Semester an. Es gibt in allen Lebensbereichen ein Hineinwachsen in selbständige Handlungsvollzüge. Wer ein Studium abgeschlossen hat und sich der Hochschullehrerlaufbahn zuwendet, soll ja noch eine Zeit haben, in der er — freigestellt von sonstigen beruflichen Verpflichtungen — das wissenschaftliche Arbeiten erlernt, so daß sie noch weitgehend eine Lehrzeit ist. Ich denke an meine Assistentenzeit mit großer Dankbarkeit auch gegenüber meinen akademischen Lehrern zurück, denn ich habe viel gelernt, indem ich an bestimmten Vorhaben dieser Lehrer mitwirken durfte. Daß es dabei früher an der Universität Mißstände gegeben hat, soll gar nicht geleugnet werden. Aber man muß auch den Vorteil personaler Bindungen sehen. Ich habe dieses Lehrer/Schüler-Verhältnis nie für schlecht gehalten. Es war nicht nur eine Vermittlung von Kenntnissen, die man woanders nachlesen konnte, sondern ein Weitergeben von Blickrichtungen, ein Weitergeben der Art zu fragen, auch ein Weitergeben der kritischen Beurteilung. Es war eine Zeit des Erfahrungssammelns, die man vielleicht erst später als Hochschullehrer richtig würdigt, die ich vielleicht auch in meiner Assistentenzeit selber nicht so hoch gewürdigt habe, wie heute in rückschauender Betrachtung.

REDAKTION: Das, was Sie jetzt sagten, betrifft aber nur die eine Seite der überkommenen Rolle des Assistenten, nämlich sein eigenes Lernen und seine eigene Ausbildung. Nun hatte diese Rolle aber auch noch eine andere Seite: das Assistieren bei dem Professor. Das ist ja die Seite, die kritisiert worden ist. Wie weit halten Sie diese Funktion noch für sinnvoll und vertretbar?

MIKAT: Ich halte sie für notwendig. Ein Blick in die naturwissenschaftlichen und medizinischen Disziplinen zeigt die strukturelle Bedeutung sehr deutlich. Stellen Sie sich vor, ein Chirurg würde, ohne je assistiert zu haben, praktizieren. Das wäre ein glatte Katastrophe. Gerade an der Medizin wird sichtbar, daß es diese Zeit des Einübens geben muß.

*Zeit des Einübens*

REDAKTION: Andererseits benötigt aber der Professor auch die Unterstützung des Assistenten. Beispielsweise wäre ein Chirurg überfordert, wenn er sämtliche Handgriffe selbst ausführen müßte. Es ist also nicht nur ein Vorteil für den Assistenten, daß er bei der Operation lernt und Schritt für Schritt auf das höhere Niveau gelangt, sondern ebenso eine notwendige Hilfe für den Professor.

MIKAT: Selbstverständlich. Ich habe das ja nicht in dem Sinne verstanden, daß auf der einen Seite nur ein Gebender und auf der anderen Seite nur ein Nehmender ist. Aber aus der Tatsache, daß der Professor auf Hilfe angewiesen ist, kann noch nicht geschlossen werden, daß die Funktionen beliebig austauschbar sind. Der Assistent wächst in eine Rolle hinein und erreicht mal schnell, mal langsam die Stelle, wo er vielleicht sogar denjenigen, dem er zur Seite war, überholt hat. Man kann von daher die Universität definieren als einen Ort, an dem ein Vorsprung von Wissen und Erfahrung weitergegeben, eingeholt und letzten Endes überholt wird.

REDAKTION: Gibt es nicht auch bestimmte Aufgaben in einer Universität, die ohne Hilfe von Assistenten überhaupt nicht erfüllt werden können? Ist nicht der Assistent als Institution nötig — nicht nur, weil man gewisse Dinge in einer Art Lehrlingsverfahren lernen muß, sondern auch, weil bestimmte Aufgaben einfach nicht lösbar sind, wenn keine Helfer zur Seite stehen, die mehr sind als technische Kräfte?

MIKAT: Ich dann das nur bejahen. Zumindest wird die Rolle des Assistenten unter dem Gesichtspunkt zu sehen sein, welche neuen Fragestellungen er aus seiner Sicht einbringt. Kritisch wird die Sache, wenn sich daraus Kampfsituationen entwickeln, weil dann beide — Assistent bzw. Assistenzprofessor und Professor — sich nicht mehr einem Ziele zugeordnet wissen. Wenn sie meinen, prinzipiell verschiedene Ziele zu haben, dann geben sie ihre Bindung an die Zielsetzung und die gesellschaftliche Aufgabe der Universität auf.

REDAKTION: Welche Hochschulsysteme in anderen Ländern könnten nach Ihrer Auffassung für unsere Universitäten in irgendeiner Weise als Vorbild dienen? Wo sehen Sie in anderen Ländern Lösungen für Hochschulprobleme, die uns zumindest Anregungen geben könnten?

MIKAT: Ich kenne die Hochschulsysteme der USA und einiger westlicher Länder aus eigener Erfahrung. Die Gemeinsamkeiten sind bei näherem Hinsehen doch sehr viel stärker als es sich auf den ersten Blick erweist, nämlich dann,

*Vergleich mit  
ausländischen  
Hochschulsystemen*

wenn man sich loslöst von den Fragen der Organisationsstruktur. Eine amerikanische Universität bietet zwar zunächst einmal den Eindruck eines eher der Gesamthochschulkonzeption entsprechenden Unternehmens. Bei genauerem Hinsehen stellt man aber fest, daß auch dort die Differenzierungen relativ groß sind, und ich halte das nicht für schlecht. Sicherlich gibt es ausländische Modelle, in denen der Leistungsdruck stärker ist als bei uns. Das scheint mir in Frankreich, vor allem aber in den USA der Fall zu sein, wo der einzelne Student durch die Art des Stipendienwesens in einen unerbittlichen Prüfungssog hineingezogen wird. Wir haben das in Deutschland bisher nicht in dem Maße gehabt. Die Humboldtsche Konzeption ging ja davon aus, den Studierenden, vor allen Dingen im Bereich der geisteswissenschaftlichen Fächer, in einer langen Zeit der Muße zu halten. Das hatte Vor- und Nachteile. Begrüßen würde ich, wenn es zu einer größeren Durchlässigkeit der einzelnen Disziplinen kommen könnte, wie sie in Amerika schon vorhanden ist, und wenn wir — das ist auch eine Frage der finanziellen Mittel — zu vernünftigen numerischen Relationen von Lehrenden zu Lernenden kämen. Ein Teil unserer Schwierigkeiten an den

*Personalen Kontakt  
erschwert*

REDAKTION: Sie erwähnten es schon: ist das nicht auch eine Frage der finanziellen Mittel?

MIKAT: Wir stehen jetzt vor der Schwierigkeit, daß als Folge hoher Geburtenraten und intensiver Bildungswerbung — die durchaus positiv zu werten ist — ein solcher Ansturm von Studenten auf die Universitäten zukommt, daß sich selbst die besten Reformansätze infolge des Massenproblems nicht voll realisieren lassen.

REDAKTION: Was könnten die Universitäten von sich aus tun, um die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel besser zu nutzen?

MIKAT: Zum ersten müssen die einzelnen Fachbereiche in dieser Zeit relativ geringer finanzieller Mittel, relativ hoher Studentenzahlen, eines Defizits an Labor-, Bibliotheks- und Seminarplätzen Schwerpunkte setzen. Das setzt voraus, daß Wissenschaftler u. U. bereit sind, in dieser Situation die von ihnen vertretene Disziplin gegenüber den Grundbedürfnissen des Fachbereichs zurücktreten zu lassen.

*Schwerpunkte bilden*

REDAKTION: Besteht da nicht die Gefahr, daß schließlich die Kultus- und Finanzminister unter dem Eindruck mangelnder Lehrangebote nur noch die Fächer besetzen, die Schwerpunkte in den verschiedenen Studiengängen sind?

MIKAT: Die Gefahr besteht, aber das muß nicht bedeuten, daß sie zwangsläufig eintritt. Wir sollten überlegen, ob die Hochschulplanung nicht auch eine Konzeption in den einzelnen Fachbereichen und Disziplinen beinhalten müßte, was in jedem Fall angeboten werden soll, um die Grundfunktion der Universität zu erfüllen. Ist es notwendig, daß jede Einzeldisziplin an jeder einzelnen Universität angeboten wird oder wäre es nicht sinnvoller, vor allem im Hinblick auf die Forschung, bestimmte Einzeldisziplinen schwerpunktmäßig über das Bundesgebiet zu verstreuen? Ich halte die Aufsplitterung von Disziplinen in möglichst viele Lehrstühle für studienzeitverlängernd und für Mittelverschwendung. Damit sage ich nichts gegen die einzelnen Spezialdisziplinen, aber es wäre besser, Zentren zu bilden, an denen später die weitere Ausbildung erfolgt.

REDAKTION: Ein bestimmter Grundbestand an Lehrangeboten soll also in allen Universitäten vorhanden sein, und Spezialwissenschaften würden nur noch als Schwerpunkt an wenigen Universitäten bestehen. Würde das aber nicht zu einer Zweiteilung der Universität führen — in einen Unterbau mit allgemeiner Ausbildung in verschiedenen Fächern und einen Oberbau von Randfächern, deren Studium bereits umfangreiches Grundwissen voraussetzt?

MIKAT: Das würde zutreffen, wenn für alle Disziplinen solche Zentren eingerichtet würden, aber das wird sicherlich nicht angestrebt. Es kommt vielmehr darauf an, die Grunddisziplinen an allen Universitäten zu verstärken und Zentren für Spezialfächer an bestimmten Hochschulen zu schaffen.

REDAKTION: Eine ganz andere Frage: es gibt eine Fülle von politischen Einflüssen auf die Universität. Können Sie sagen, welche dieser Einflüsse Sie eher für positiv halten und welche Sie eher negativ bewerten?

MIKAT: Was sind politische Einflüsse? Parteipolitische Einflußnahme sehe ich als negativ an. Sollte man aber darunter verstehen, daß die Universität, die ja nicht in einem Freiraum steht, die politischen Auseinandersetzungen der Gesellschaft in sich wiederfindet, dann sehe ich das positiv, sofern sie auch die Wertung dieser Auseinandersetzungen mit in ihren Auftrag einbezieht. Ein Beispiel: bei uns hat eine rege Diskussion um die Mengenlehre eingesetzt. Die jeweilige Opposition in einem jeweiligen Land — ganz gleich, um welche Partei es sich handelt — macht aus der Mengenlehre ein Politikum. Die Universität oder die Pädagogischen Hochschulen sind jetzt aufgerufen, ihren Beitrag an Objektivierung von den verschiedenen Disziplinen her zu leisten. Oder

*Bewertung politischer  
Einflüsse*

nehmen Sie die Mitbestimmung, ein Politikum ersten Ranges mit wichtigen Ergebnissen, z. B. für die volkswirtschaftlichen Zielsetzungen eines Landes. Wirtschaftswissenschaftler, Gesellschaftsrechtler und Soziologen müssen dazu Stellung nehmen. Es ist ein Gegenstand ihrer Disziplin. Sinngemäß gilt das auch für außenpolitische Fragen, wie die Mächtekonstellation und die Blockbildung. Das sind die Fragen, die sicher einen Historiker, einen Völkerrechtler, einen Soziologen auch von seiner Wissenschaft her interessieren, und er ist da nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, aus seiner Sicht heraus in die allgemeine Diskussion Argumente für den gesamtpolitischen Entscheidungsprozeß zu liefern. Es gehört mit zur kritischen Funktion der Universität, daß sie auch für parlamentarische Entscheidungen Kriterien liefert. Nur müssen sich natürlich die Wissenschaftler darüber klar sein, daß Sachwissen keine politische Entscheidung ersetzt. Negativ zu werten ist der Versuch, die Wissenschaft in den Dienst einer bestimmten Politik zu stellen. Dieser Einfluß ist strukturell schlecht, unabhängig davon, aus welcher Richtung er kommt.

REDAKTION: Unsere letzte Frage bezieht sich auf die Forschungsförderung. Wie findet man Kriterien für Prioritäten?

*Lebenswichtige  
Forschung  
besonders fördern*

MIKAT: Ich glaube, daß sich Kriterien finden lassen, wenn man von lebenswichtigen Interessen der Gesamtgesellschaft ausgeht. Auch als Geisteswissenschaftler halte ich die Bildung von Schwerpunkten z. B. im Bereich der Meeresbiologie, im Bereich der Agrarwissenschaften, im Bereich der Medizin, für durchaus richtig, weil sie auf vitale Bedürfnisse zielen, und ich glaube, daß hier in der Tat der alte Satz gilt, je elementarer ein Wert ist, desto dringlicher ist er. Nur bedeutet das nicht, daß ausschließlich diese Gebiete gefördert werden sollen. Auch in den übrigen Bereichen stellt sich die Frage, ob sie bei unserer Kulturhöhe nicht ebenfalls zum Dringlichen gehören. Archäologische Ausgrabungen oder die Erhaltung von Denkmälern sollten unter diesem Aspekt gesehen werden. Man wird nicht alles in jedem Jahr gleich fördern können, aber Schwerpunkte bilden sich schon vom Sachgegenstand her durch die Größe der vitalen Aufgabenstellung. Das hat die Energiekrise, die Frage der Erschließung der Atomenergiekräfte, deutlich gemacht. Es wäre jedoch falsch, wenn alle Projekte, die keine Priorität haben, eingestellt würden. Grundsätzlich hat Forschungsförderung davon auszugehen, daß auch in finanziell „knappen“ Zeiten Disziplinen nicht zum Stillstand gebracht werden dürfen. Verzögerungseffekte können ihnen zugemutet werden, aber kein Stillstand, weil schon ein zeitlicher Abbruch über geringe Phasen hinweg einen Rückschlag von vielen Jahren bedeutet.